

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 2,- RM. Alle Anzeigen, Inserate, Briefe und Geschäftsbesprechungen sind zu jeder Zeit bei der Redaktion zu machen. Die Redaktion befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Postfach 10000. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Rt. 11 — 91. Jahrgang Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Donnerstag, den 14. Januar 1932

Die Präsidentenwahl.

Der parlamentarische Weg zur Lösung der Reichspräsidentenfrage wird auf Hindenburgs persönlichen Wunsch vom Reichstanzler nicht weiter verfolgt werden. Rein theoretisch hätte es natürlich für Dr. Brüning die Möglichkeit gegeben, jenen Weg noch weiter zu verfolgen, indem er über einen Initiativantrag des Reichstages hätte abstimmen lassen können, worin eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten vorgeschlagen worden wäre. Das hätte aber — gemäß den Mitteilungen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Parteiführer — dann mit sich gebracht, daß bei der Abstimmung die Vertreter dieser beiden Parteien ihre Stimmen nicht für Hindenburg abgegeben hätten, dann also keine Grundforderung nicht erfüllt worden wäre, von allen deutschen Parteien — abgesehen von den Kommunisten — ausdrücklich ein — wenn man will — Vertrauensvotum zu erhalten. Legt doch Hindenburg auf diese auch nach außen hin scharfe Urparität das größte Gewicht.

Die Souveränität des deutschen Volkes bringt sich gleichmäßig zur Auswirkung in der Reichstags-, der Präsidentenwahl und dem Volksschicksal. Es würde, den Bedenken der Reichstagsparteien zufolge, eine Abschwächung des Souveränitätsrechts des Volkes, außerdem eine Verschiebung der drei an sich gleichartigen Rechte sein, wenn der Reichstag dem Präsidenten eine Amtszeit zuspricht, die über die bei seiner Wahl durch das Volk festgelegte hinausgeht. Dem Buchstaben der Verfassung widerspricht das ja natürlich nicht, wenn es nämlich unter den verfassungsmäßigen Voraussetzungen geschieht. Auch der frühere Präsident Ebert war aus den eben skizzierten Gedankengängen heraus ursprünglich gegen die Amtsverlängerung und für Neuwahl, wurde dann aber zur Zustimmung bewegt durch den Hinweis darauf, daß damals — 1922 — die innenpolitischen Spannungen wegen des Rathenau-Wortes sehr groß waren und daher die Neuwahl des Präsidenten zweifellos zu einer weiteren Verschärfung geführt hätte. Diesmal sind es außenpolitische Hochspannungen, die den Reichstanzler zu seiner Anregung veranlassen.

Meist also nun nur noch der andere Weg, Hindenburg im Amt zu erhalten, die Neuwahl. Auch hier steht als Ausgangspunkt die Erklärung Hindenburgs, nur dann die Kandidatur anzunehmen, wenn sein ernsthafte gemeiner Gegner durch die Parteien von ganz rechts bis zu den Kommunisten entgegengesetzt wird. Er will überparteilich sein und bleiben, will als Persönlichkeit gewertet und gewährt werden, nicht als „Exponent einer Partei“ oder Parteikombination, die, welches es wolle. Dabei ist es eine unmittelbare Folge des Scheiterns der „parlamentarischen“ Lösung, also der parteimäßigen Bewertung dieser ganzen Frage, daß der andere Weg, nämlich der durch die Volkswahl, außerhalb des Parlamentes und außerhalb der Parteien für Hindenburg vorbereitet werden soll und der Beginn dieser Arbeit vermutlich auch nach außen hin schnell sichtbar werden wird.

Die Dinge werden also wohl ziemlich schnell in Fluss kommen; auf Vorschlag der Reichsregierung hat der Reichstag den Tag der Neuwahl festzusetzen. Zweifellos dürfte die Reichsregierung auch nicht lange zögern, den Termin festzusetzen, an dem das deutsche Volk sich seinen Präsidenten wählen soll.

Sir Walter Layton über den wirtschaftlichen Wiederaufbau

London, 13. Januar. Der englische Wirtschaftler Sir Walter Layton sprach auf einem Essen des Club der „Economic Club“ über die gegenwärtige finanzielle Lage der Welt. Er betonte, daß die Schuldfrage hauptsächlich dafür verantwortlich sei, daß der gegenwärtige Tiefstand des Welthandels das ganze wirtschaftliche System der Welt zu zerstören drohe. Uebergehend auf die gegenwärtige Lage Deutschlands wies er darauf hin, daß die Geldreue der Reichsbank zu gering seien, daß die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank im raschen Abnehmen begriffen sei. Wenn es wahr sei, so sagte Sir Walter Layton, daß das wirtschaftliche Leben und die wirtschaftliche Tätigkeit der Welt um 20 bis 25 v. H. oder sogar noch mehr zusammengebrochen sei, und daß die Welt mit einer vollständigen Zerstörung ihrer Wirtschaft bedroht werde, dann müßte so rasch wie möglich mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Es sei ganz klar, daß kein Kapitalismus wieder herbeigeführt werden könne, solange die Gefahr bestehe, daß die gegenwärtige Lage wiederkehre. Layton erklärte dann die deutsche Erklärung der Zahlungsunfähigkeit. Er sagte, es sei klar, daß Deutschland etwas zehren könne, wenn ein Plan fertiggestellt werden könne, unter dem der zerstörerische Einfluß der Tribute während der Depressionszeit aufgehoben werde, und der so aufgebaut werde, daß er keine schlimmen Folgen habe. Es sei wichtig, daß eine Vereinbarung getroffen werde, die einen Wiederaufbau ermöglicht, da die Welt einfach nicht mehr zwölf Monate lang warten könne. Ein wirtschaftlicher Wiederaufbau ohne eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland sei nicht möglich. Eine solche Vereinbarung könne aber nur zustande kommen, wenn sie mit der Zustimmung und Unterstützung der Diktatorpartei erfolge.

Reichspräsidentenwahl am 13. März?

Nach der Absage, die der Reichstanzler für seinen Plan, eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten durch den Reichstag statt durch Volkswahl herbeizuführen, von den Nationalsozialisten und den Deutschen Nationalen erhalten hat, gehen die Verhandlungen über die Vorbereitungen einer Volkswahl des Reichspräsidenten weiter. Die Besprechungen von Regierungsvertretern mit den einzelnen Parteien nehmen ihren Fortgang. Daneben gehen Bestrebungen, die Parteien auszusuchen und ein politisch neutrales, aus angesehenen Persönlichkeiten aller Kreise zusammengesetztes Komitee mit der Aufgabe zu betrauen, eine Einheitskandidatur Hindenburgs in der Weise zu sichern, daß von keiner Partei, ausgenommen die Kommunisten, ein eigener Kandidat aufgestellt wird. Schließlich wird auch noch ein Volksbegehren vorgeschlagen mit dem Ziel eines Volksschicksals über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Alle Verhandlungen befinden sich aber noch im Stadium des Vorführens, so daß Meldungen über definitive Entschlüsse und Abmachungen zum mindesten als verfrüht bezeichnet werden müssen.

Als wahrscheinlicher Termin für die Präsidentenwahl wird jetzt wieder der 13. März genannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag sich noch vor dem 23. Februar versammelt wird, um durch ein Gesetz diesen Wahltag festzusetzen.

„Hindenburg nur ohne Brüning“.

Dr. Fried droht mit Sonderkandidatur. In einer nationalsozialistischen Versammlung in Rempen gab Minister A. D. Fried die Antwort auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustande kommen werde. Die Antwort sei ein glattes Nein. Dr. Fried führte aus: Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichstanzler Brüning nicht noch weiter zu unterstützen.

Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Volksbegehren?

Für die Amtsverlängerung Hindenburgs. Die Jungdeutsche Bewegung hat beim Reichsinnenminister einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs eingereicht. Die Volksbegehren sind dem Reichsinnenminister übergeben worden. In einem Aufruf appelliert der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Marauhn, an die anderen Verbände und Bünde, sich diesem Volksbegehren anzuschließen.

Berlin, 14. Januar. Zum Antrag des Jungdeutschen Ordens auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs nehmen verschiedene Berliner Zeitungen Stellung.

Die D.N.Z. schreibt, daß dieser Aktion in politischen Kreisen keine besondere Bedeutung beigemessen werde. Es sei zweifelhaft, ob sie überhaupt durchgeführt werde, da sie freigelegt zu viel Zeit in Anspruch nehme. Auch die Germania weist darauf hin, daß der Antrag den Nachteil eines allzu großen Zeitverlustes habe. Das Berliner Tageblatt bezeichnet den Vorschlag als einen unbrauchbaren Ausweg. Die Vorseitzeitung nennt den Gedanken der Einrichtung eines Volksbegehrens gewissermaßen als Erfolg für eine verfassungsmäßige Wahl absurd. Die Volkszeitung hebt hervor, daß der Vorschlag keine Resonanz gefunden habe, da er wegen des Zeitverlustes nicht zu verwirklichen sei. Der Vorwärts spricht von einem Schicksalsgericht, da Hindenburg auf dem normalen Wege mit relativer Mehrheit wiedergewählt werden könne, während der Vorschlag des Jungdeutschen Ordens die absolute Mehrheit aller Wählerberechtigten, d. h. etwa 10 Millionen Stimmen mehr brauche.

Das neue Kabinett Laval gebildet.

Paris, 14. Januar. Ministerpräsident Laval hat am Mittwoch sein neues Kabinett gebildet und es sofort dem Staatspräsidenten im Elysee vorgestellt.

Das neue Kabinett weist nur wenige Veränderungen auf. Briand ist endgültig ausgeschieden, und Ministerpräsident Laval hat seinen Platz am Quai d'Orsay übernommen. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs Coehlo übergegangen, während Bardieu sich doch noch

Hitlers Berliner Verhandlungen.

Ein parteiamtlicher Bericht.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlicht eine eingehende Schilderung der Berliner Besprechungen. Aus dieser parteiamtlichen Darstellung geht hervor, daß Hitler schon in der Aussprache mit General Groener bemerkt hat, daß nach seiner Auffassung gegen den Plan einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sehr schwere verfassungsrechtliche und politische Bedenken beständen. Am Dienstag fand die

Zusammenkunft im Reichswehrministerium mit dem Reichstanzler und dem Reichsinnenminister statt. Der Reichstanzler versuchte die Notwendigkeit der beschlossenen parlamentarischen Aktion mit außerpolitischen Argumenten zu begründen. Hitler wiederholte in verstärktem Maße seine Bedenken und wies auch darauf hin, daß zu seinem Bedauern die im Interesse des Reichspräsidenten distret zu behandelnde Angelegenheit bereits den Weg in die Presse gefunden habe. Im übrigen erklärte Hitler, daß er nicht gewillt sei, eine Entscheidung bekanntzugeben, ehe er nicht eine Besprechung mit Hugenberg gehabt habe. Nachdem Dr. Fried in Berlin eingetroffen war, faßte Hitler in einer Besprechung, zu der außer dem engeren Stabe Fried und Goebbels zugezogen waren, seine Auffassung nochmals dahin zusammen, daß die durch Brüning vorgeschlagene parlamentarische Aktion nach jeder Richtung hin unmöglich

und daher abzulehnen sei, daß aber unter gar keinen Umständen durch die Art der Eridigung dieser Aktion das persönliche Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg verletzt werden dürfe. Am Sonnabend fand die abendliche Aussprache mit dem Reichstanzler Dr. Brüning in Anwesenheit der Minister Dr. Fried und Treviranus statt. Auch diese Besprechung ergab nichts Neues. Am Nachmittag fand

die Aussprache Hitlers mit Hugenberg

statt. Adolf Hitler teilte ihm mit, daß er nach reiflicher Überlegung nicht anders als ablehnen könne. Hugenberg bekannte sich im wesentlichen zur gleichen Auffassung. Am Sonntag suchte Staatssekretär Meißner Hitler in seinem Hotel auf. Hitler bedauerte insbesondere die offenbar durch Indiskretion der Reichsleitung entfachte Pressekampagne, die Hindenburg in den Strudel des parteipolitischen Getriebes hineingetrieben habe. Hitler versuchte einen Weg zu finden, der

ohne Schädigung des Ansehens der Person des Reichspräsidenten

und unter Berücksichtigung der Interessen der nationalsozialistischen Bewegung aus der durch den Reichstanzler herbeigeführten Lage herauszuführen könnte. Staatssekretär Meißner betonte vor allem die Notwendigkeit, den für die Aktion in keiner Weise verantwortlichen Reichspräsidenten dem parteipolitischen Pressekampf zu entziehen. Hitler schlug dann durch Hauptmann Göring vor,

dem Reichspräsidenten eine Denkschrift zu überreichen, aus der die Berechtigung seiner verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Vorschlag des Reichstanzlers hervorginge. Der Reichspräsident könne dann von sich aus, falls die vorgebrachten Gründe ihm beachtlich erschienen, dem Reichstanzler den Wunsch übermitteln, den eingeschlagenen Weg nicht weiter zu verfolgen. Am Montag wurde dann die Denkschrift von Adolf Hitler fertiggestellt. Eine neue Unterredung mit Hugenberg ergab, daß der Führer der Deutschnationalen Volkspartei ebenfalls die

Ablehnung auch durch die Deutschnationalen endgültig bekräftigte. Am Dienstag wurde die Denkschrift Adolf Hitlers an den Reichspräsidenten durch Göring dem Staatssekretär Meißner überreicht. Der Reichspräsident bat den Reichstanzler zu sich und ersuchte ihn nach seinem Vortrag, von einer weiteren Verfolgung seines Vorschlages Abstand zu nehmen.

erschlossen hat, das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium Caud. Die Unterstaatssekretariate für Inneres und Landwirtschaft sind aufgehoben worden. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Besetzung beibehalten.

Beim Verlassen des Elysee erklärte Laval, daß er im Laufe des Abends Gelegenheit gehabt habe, noch einmal mit dem bisherigen Außenminister Briand Rücksprache zu nehmen, und daß er ihn gebeten habe, der Regierung auch weiterhin mit seiner Autorität und Erfahrung in einer Form zur Seite zu stehen, die er als die geeignetste erachte. Er werde im Laufe des Donnerstags seine Besprechungen fortsetzen.